

Niederschrift

Sitzung des Hauptausschusses -HAUSHALT-

Sitzungstermin:	Donnerstag, 26.11.2020
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	20:35 Uhr
Ort, Raum:	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Frau Doris Grote	
Herr Sönke Siebke	
Frau Edda Lessing 2. stellvertretende Landrätin	
Herr Torsten Kowitz	
Herr Matthias Malassa	
Herr Martin Ahrens	
Frau Rita Marcussen	
Frau Hella Dorando-Marsch	bis 19:15 Uhr
Herr Arne Hansen	
Frau Prof. Dr. Ulrike Täck 2. stv. Kreispräsidentin	ab 19.15 Uhr
Herr Klaus-Peter Schroeder	
Herr Heiko Evermann	
Herr Toni Köppen	
Herr Holger Weihe	
Herr Rainer Schuchardt	bis 17:05 Uhr
Herr Thomas Thedens	ab 17:05 Uhr
Herr Claus Peter Dieck Kreispräsident	
Herr Kurt Barkowsky 1. stellvertretender Landrat	
Herr Arne-Michael Berg	
Frau Cordula Schultz 1. stv. Kreispräsidentin	
Frau Rosemarie Jahn	
Frau Maren Berger	
Herr Wrage Geschäftsführer WKS	
Herr Landrat Schröder	
Herr Gerberding FBL Zentrale Steuerung	
Herr Schrenk FBL Umwelt, Planen, Bauen	
Herr Schröder FBL Ordnungswesen, Straßenverkehr, Verbraucherschutz	
Herr Stankat Jugendamtsleiter	
Frau Höppner-Reher Gleichstellungsbeauftragte	bis 17:30 Uhr

Herr Dr. Friege FDL Gesundheit
Frau Lexau FDL Technisches Gebäudemanagement
Frau McGregor FDL Finanzen
Frau Rimbach FDL Personal und Organisation
Herr Rüge FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprüfung
Herr Hartung
Herr Kruse Personalrat
Herr Nixdorf Informations- und Kommunikationsmanagement
Frau Krüger Gremien, Kommunikation, Controlling

Abwesende:

Herr Klaus Stuber Kreissenorenbeirat -

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.10.2020
 - 2.3 Informationen des Landrates
 - 2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 3.1 Eingabe der Beratungsträger vom 06.10.2020 zur Aufhebung der Kulanzregelung gemäß DrS/2020/096 im Beratungswesen
Vorlage: DrS/2020/096-1
 - 3.2 Bezuschussung des Frauenhauses Norderstedt im Jahr 2021 -Antrag der Diakonie Hamburg-West/Südholstein
Vorlage: DrS/2020/147-2
 - 3.3 Übernahme der Kosten für das Sozialkaufhaus in Bad Bramstedt
Antrag der Diakonie Altholstein
Vorlage: DrS/2020/255

- 3.4 Modellhafte Erprobung präventiver Hausbesuche und seniorenbezogener Sozialraumarbeit auf Amtsebene;
Auswahl der Modellregion
Vorlage: DrS/2020/241
- 3.4.1 Ergänzungsantrag zur Vorlage DrS/2020/241, Präventive Hausbesuche und seniorenbezogene Sozialraumarbeit auf Amtsebene; hier:Trave-Land
Vorlage: DrS/2020/241-1
- 3.5 Neuregelung der Fremdnutzung von kreiseigenen Liegenschaften und Räumlichkeiten - Entlastung von Vereinen / Sportförderung
Vorlage: DrS/2020/214
- 3.6 Offene Ganztagschule an den Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung,
Jährliche Erhöhung der Vergütung an die freien Träger
Vorlage: DrS/2020/245
- 3.7 Schulsozialarbeit an den Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung,
Jährliche Erhöhung des Förderbetrages an die freien Träger
Vorlage: DrS/2020/248
- 3.8 Lerncampus ab 2021
Vorlage: DrS/2020/243
- 3.9 Erweiterung des Förderzentrums "Schule am Hasenstieg" in Norderstedt
Vorlage: DrS/2019/196-2
- 3.10 Erweiterung des Förderzentrums "Trave-Schule" in Bad Segeberg
Vorlage: DrS/2019/198-2
- 3.11 Anpassung des baulichen Brandschutzes im Förderzentrum "Trave-Schule",
Bad Segeberg
Vorlage: DrS/2020/259
- 3.12 Überbetriebliche Ausbildungsstätte (ÜAS), Mangelbeseitigung
Vorlage: DrS/2019/294-1
- 3.13 Sanierung / Neubau Haus A der Kreisverwaltung
Vorlage: DrS/2020/208-1
- 3.13.1 Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Neubau Haus A: Planungswettbewerb
Vorlage: DrS/2020/208-2
- 3.14 Fortführung der Förderung für Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge im Kreis Segeberg ab 2021
Vorlage: DrS/2017/093-2

- 3.14. Antrag der AfD-Fraktion zur Förderung der Ladeinfrastruktur im Kreis Segeberg
1
Vorlage: DrS/2020/287
- 3.15 Richtlinie zur Förderung von Solarbeleuchtung an Bushaltestellen
Vorlage: DrS/2020/133-2
- 3.16 Antrag der CDU-Fraktion auf Beschaffung von dezentralen Lüftungsanlagen
Vorlage: DrS/2020/276
- 3.16.1 Stellungnahme zum Antrag der CDU-Fraktion auf Beschaffung von dezentralen Lüftungsanlagen
Vorlage: DrS/2020/276-1
- 3.16.2 geänderter Antrag der CDU-Fraktion auf Beschaffung von dezentralen Lüftungsanlagen
2
Vorlage: DrS/2020/276-2
- 3.17 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf ein Radtourismuskonzept für den Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2020/269
- 3.18 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Ausgleichsflächenmanagement für den Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2020/239
- 3.19 Ergänzung Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Aktualisierung und Fortschreibung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes des Kreises Segeberg
Vorlage: DrS/2020/246-1
- 3.20 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Beschleunigung des barrierefreien Ausbaus von Bushaltestellen
Vorlage: DrS/2020/278
- 3.21 Neufassung der Entschädigungssatzung des Kreises Segeberg 2020 aufgrund der Änderung der Landesverordnung über Entschädigungen in kommunalen Ehrenämtern (Entschädigungsverordnung)
Vorlage: DrS/2020/288
- 3.22 Wirtschaftsplan 2021 WKS GmbH
Vorlage: DrS/2020/249
- (nichtöffentlich)**
- 3.23 Integrierte Leitstelle für den Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2020/285

- 3.24 Gigabitstudie für den Kreis Segeberg - Umsetzung und Finanzierung sowie Projektmanagement
Vorlage: DrS/2020/039-3
- 3.25 Verlängerung von Mietverträgen
Vorlage: DrS/2020/266
- 3.26 Ankauf eines Bürogebäudes
Vorlage: DrS/2020/265

(öffentlich)

- 3.27 Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse
- 3.28 Stellenplan für den Haushalt
- 3.28.1 Stellenminderbedarf FD 61.00 für das Haushaltsjahr 2021 ff.
Vorlage: DrS/2020/279
- 3.28.2 Stellenmehrbedarf FD 51.10 für das Haushaltsjahr 2021 ff.; Stellenminderung und Verlängerung kw-Vermerk
Vorlage: DrS/2020/218-1
- 3.28.3 Stellenmehrbedarf FD 63.40 für das Haushaltsjahr 2021 ff; hier: Teilplan 52121 - Bau- und Grundstücksordnung, Wegfall eines kw-Vermerks
Vorlage: DrS/2020/275
- 3.28.4 Stellenmehrbedarf FD 11.80 für das Haushaltsjahr 2021 ff., Wegfall kw-Vermerke
Vorlage: DrS/2020/281
- 3.28.5 Stellenmehrbedarf FD 53.30 für das Haushaltsjahr 2021 ff. - Infektionsschutz sowie Stellenmehrbedarf FD 32.00 für das Haushaltsjahr 2021 ff. - Ordnungsrecht/Ordnungswidrigkeiten
Vorlage: DrS/2020/240
- 3.28.6 Digitalisierung der Bildungslandschaft - IT-Dienstleistungen für Schulträger im Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2020/251
- 3.28.7 Stellenmehrbedarf FD 10.50 für das Haushaltsjahr 2021 ff.
Vorlage: DrS/2020/291
- 3.28.8 Stellenplan für den Haushalt 2021 inkl. Stellenmehrbedarf für 2021
Vorlage: DrS/2020/282
- 3.29 Budget 2021 für Fachbereich I
Vorlage: DrS/2020/283

- 3.30 Budget 2021 des Fachbereiches L
Vorlage: DrS/2020/284

- 4 Berichte/Informationen

- 4.1 Quartalsbericht 30.09.2020
Vorlage: DrS/2020/289

- 5 Verschiedenes

- 5.1 Anfragen

- 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

- 6 Einwohnerfragestunde II

- 7 Nachgereichte Vorlagen

- 7.1 Antrag der CDU-Fraktion auf eine Förderrichtlinie zur Stützung von gastronomischen Treffpunkten mit Musik und/oder kulturellen Veranstaltungen im Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2020/292

- 7.2 Antrag der Fraktion WI-SE zur Umsetzung des Digitalpakts
Vorlage: DrS/2020/295

- 7.3 Antrag der SPD-Fraktion auf ein Budget zur Förderung von juristischer und steuerlicher Beratung Corona betroffener Unternehmen
Vorlage: DrS/2020/296

- 7.4 Antrag der Fraktion WI-SE auf ein unentgeltliches ÖPNV-Schülerticket
Vorlage: DrS/2020/294

- 7.4.1 Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktion WI-SE auf ein unentgeltliches ÖPNV-Schülerticket
Vorlage: DrS/2020/294-1

- 7.5 Finanzierung des Stellenmehrbedarfs für den FD 53.30 für das Haushaltsjahr 2021 (DrS/2020/240)
Vorlage: DrS/2020/240-1

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist. Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Der Landrat schlägt vor, TOP 3.4.1 zu streichen, da der Antrag in den Fachausschüssen abgelehnt worden sei. Somit sei eine Befassung im Hauptausschuss obsolet. Herr Köppen schlägt vor, TOP 3.20 hinter 3.15 zu beraten, da diese thematisch zusammenhängen. Den Antrag zu TOP 7.4 ziehe er zurück, somit könne dieser TOP ebenfalls gestrichen werden.

Frau Grote teilt mit, dass die TOPs 3.23 bis 3.26 zur nichtöffentlichen Beratung vorgesehen seien. Hiergegen gibt es keine Einwände seitens der Ausschussmitglieder.

Die Tagesordnung wird mit den Änderungen einstimmig genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.10.2020

Es gibt keine Einwände gegen die Niederschrift, diese gilt damit als genehmigt.

zu 2.3 Informationen des Landrates

Der Landrat berichtet zu folgenden Punkten:

- In Kooperation mit dem Land und der Stadt Hamburg werde in Norderstedt ein drittes Impfzentrum im Kreis organisiert
- Das Land habe in einem Brief mitgeteilt, dass 3,2 Mio € Unterstützungsmittel für den ÖPNV ausgezahlt worden seien
- Die November-Steuerschätzung habe eine verbesserte Prognose im Vergleich zur Septemberschätzung ergeben. Für 2021 seien –in Abhängigkeit der weiteren Corona-Entwicklung- Steuereinnahmen etwa auf dem Niveau von 2019 zu erwarten.
- Herr Gerberding berichtet vom AK Zins- und Schuldenmanagement. Der Bericht ist dem Protokoll unter TOP 2.3 angehängt. Der Ausschuss spricht sich einstimmig für die Ablösung der Darlehen wie vorgeschlagen aus.

zu 2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten

entfällt

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.22 Wirtschaftsplan 2021 WKS GmbH

Vorlage: DrS/2020/249

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

1. Dem in der Anlage 1 beigefügten Wirtschaftsplan 2021 der WKS GmbH wird zugestimmt.

2. Der WKS GmbH wird gem. beiliegendem Wirtschaftsplan für 2021 eine Verlust-Ausgleichszahlung in Höhe von maximal 907.600,- € gewährt.

Der Gesellschaftervertreter, Herr Landrat Schröder, wird mit der Herbeiführung eines entsprechenden Gesellschafterbeschlusses beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 7.1 Antrag der CDU-Fraktion auf eine Förderrichtlinie zur Stützung von gastronomischen Treffpunkten mit Musik und/oder kulturellen Veranstaltungen im Kreis Segeberg

Vorlage: DrS/2020/292

Herr Kowitz stellt den Antrag vor und macht deutlich, dass es um die Erhaltung der Saalbetriebe gehe. Diese hätten entgegen der Speisegaststätten seit März keinerlei Einkünfte gehabt.

Der Landrat teilt mit, dass es am heutigen Tag eine Videokonferenz mit einem Vertreter der Investitionsbank, des Landes, der WKS und Mitarbeitern des Kreises gegeben habe. Es sei deutlich geworden, dass vom Bund gerade neue Überbrückungshilfen beschlossen worden seien, durch die auch Kulturschaffende und Soloselbständige profitieren. Es sei dort kein Fall bekannt, bei dem ein Antrag abgelehnt

werden musste, weil kein Anspruch bestand. Allerdings sei zwingend der tatsächliche Bedarf zu prüfen, um eine Überkompensation zu vermeiden. Der Landrat kündigt an, weitere Einzelheiten bis zur Hauptausschusssitzung am 1. Dezember zu klären. Seitens der WKS könnte versucht werden, mögliche Lücken in der Förderung aufzudecken. Es müsse unbedingt vermieden werden, dass Bund und/oder Land die Fördermittel zurückfordern, weil weitere Mittel vom Kreis ausgezahlt worden seien, durch die eine Doppelförderung entstanden sei. Herr Wrage bekräftigt dies. Die Richtlinie müsse auf die Förderung von Einzelbetrieben ausgerichtet werden, die nicht bereits durch Bund oder Land erfasst seien. Es gelte, die Regelungslücke ausfindig zu machen.

Herr Schroeder, Herr Schuchardt und Herr Hansen sehen den Kreis nicht als vorrangigen Ansprechpartner für die Förderung. Gleichwohl sei die Idee gut und richtig, die Betriebe würden eine wichtige Funktion im gesellschaftlichen Leben ausüben. Herr Schuchardt wirft die Frage auf, ob das Zuwendungsrecht eine Förderung zulasse. Der tatsächliche Bedarf sei unbedingt zu prüfen.

Herr Weihe beantragt, die Diskussion zu beenden und mit neuen Erkenntnissen am 1. Dezember neu aufzunehmen. Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Herr Evermann favorisiert es, lieber 2021 erhöhte Mittel in die Durchführung von Kulturveranstaltungen zu geben. Herr Köppen entgegnet, dass eine Förderung der Saalbetriebe unerlässlich sei, da es ansonsten viele Betriebe in 2021 nicht mehr geben werde und somit auch keine Örtlichkeiten für Veranstaltungen vorhanden seien. Er spricht sich dafür aus, die notwendigen Haushaltsmittel einzustellen und den Beschluss zur Förderrichtlinie auf den Hauptausschuss zu übertragen. Gegebenenfalls könnte eine Sondersitzung stattfinden.

Herr Schroeder fasst zusammen, dass eine schnelle Hilfe durch den Kreis derzeit nicht möglich sei, weil erst eine rechtskonforme Richtlinie erstellt werden muss.

Herr Kowitz zieht den Antrag zurück und beantragt, diesen am 1. Dezember erneut zu beraten. Der Landrat bittet Herrn Kowitz, bis dahin Fälle zu nennen, die bisher keine Förderung erhalten konnten, um die Richtlinie entsprechend auszurichten.

zu 7.3 Antrag der SPD-Fraktion auf ein Budget zur Förderung von juristischer und steuerlicher Beratung Corona betroffener Unternehmen Vorlage: DrS/2020/296

Frau Lessing stellt den Antrag vor und erläutert, dass viele Förderanträge durch einen Rechtsanwalt oder Steuerberater zu erstellen seien, was für die Firmen weitere Kosten verursache. Herr Wrage bekräftigt, dass es sich hier zwar ebenfalls um eine Förderung von Einzelbetrieben handle, jedoch gebe es eine Lücke, die nicht durch andere Förderprogramme erfasst sei. Auf Nachfrage von Herrn Köppen teilt Herr Wrage mit, dass die WKS Anfang des Jahres eine zusätzliche Kraft eingestellt habe, die die Prüfung und Auszahlung der Fördergelder übernehmen könne.

Beschlussvorschlag:

Die SPD Kreistagsfraktion beantragt ein Budget in Höhe von 300.000,00 € im Haushalt 2021 bereitzustellen. Das Budget soll zur schnellen und unbürokratischen Förderung von juristischer und steuerlicher Beratung für Corona-betroffene Unternehmen und Freiberufler dienen. Die Verwaltung wird gebeten, in Anlehnung an das Programm

„Förderung unternehmerischen Know-hows durch Unternehmensberatung“ (https://www.bafa.de/DE/Wirtschafts_Mittelstandsfoerderung/Beratung_Finanzierung/Untern_ehmensberatung/unternehmensberatung_node.html) eine Förderrichtlinie zu erarbeiten und die WKS als Prüfinstanz für die Förderanträge einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen			2	2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	9		3	12

zu 3.1 Eingabe der Beratungsträger vom 06.10.2020 zur Aufhebung der Kulanregelung gemäß DrS/2020/096 im Beratungswesen Vorlage: DrS/2020/096-1

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Segeberg stellt eine Entscheidung über die gemeinsame Eingabe der Beratungsträger vom 06.10.2020 zur Aufhebung der Corona-Kulanregelung gemäß DrS/2020/096 für das Beratungswesen bis zur Vorlage der diesjährigen Verwendungsnachweise durch die Träger sowie deren Prüfung durch die Verwaltung zurück.

Vor Anwendung der geltenden Regelung prüft die Kreisverwaltung, ob deren Grundlagen Bestand haben und ob sie dem Ziel dient, die Träger bei der konstruktiven Aufrechterhaltung der Beratungsangebote zu unterstützen und finanziellen Schaden von den Trägern abzuwenden.

Die Verwaltung wird beauftragt, für 2021 gemeinsam mit den Trägern der Beratungsstellen an die Corona-Lage angepasste Leistungsvereinbarungen und Zielkriterien zu entwickeln.

Um den Befürchtungen der Beratungsträger zu begegnen, betont der Hauptausschuss nochmals ausdrücklich, dass insbesondere in der aktuellen Krise die Aufrechterhaltung und Stabilisierung der Beratungs- und Hilfestruktur im Kreis erste Priorität hat.

In diesem Zusammenhang soll die Kulanzregelung als Grundlage dienen, die vertraglich vereinbarte finanzielle Ausstattung der Beratungsträger rechtssicher zu garantieren, auch wenn die Zielvereinbarungen unter den Bedingungen der Pandemie nicht in der vereinbarten Form eingehalten werden können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.2 Bezuschussung des Frauenhauses Norderstedt im Jahr 2021 -Antrag der Diakonie Hamburg-West/Südholstein Vorlage: DrS/2020/147-2

Herr Köppen erkundigt sich, ob die Einrichtung eines zweiten Frauenhauses im Kreis sinnvoll sei. Frau Höppner-Reher erklärt, dass dies äußerst wünschenswert sei, da der Bedarf schon lange nicht mehr gedeckt werden könne. Die Situation habe sich aufgrund der Corona-Situation noch verschärft, da die häusliche Gewalt zugenommen habe. Ein weiteres wichtiges Thema sei zudem die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Viele Frauen würden sehr lange im Frauenhaus verweilen, weil keine Wohnung zu finden sei, die vom Amt bezahlt werde.

Beschlussvorschlag:

Der Diakonie Hamburg-West/Südholstein wird für das Jahr 2021 für den Betrieb von externen Plätzen im Frauenhauses in Norderstedt einen Zuschuss in Höhe von 77.000 € gewährt.

Die Bewilligung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass das Land Schleswig-Holstein die Förderung der Plätze nicht weiter gewährt.

Mittel werden in entsprechender Höhe beim Teilplan 31211 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

**zu 3.3 Übernahme der Kosten für das Sozialkaufhaus in Bad Bramstedt
Antrag der Diakonie Altholstein
Vorlage: DrS/2020/255**

Herr Köppen fragt nach, ob andere Sozialkaufhäuser ebenfalls bezuschusst werden, bzw. werden können. Frau Lessing verweist auf die Diskussion im Sozialausschuss, wonach die Verwaltung Erkundigungen einholen und in der nächsten Sozialausschusssitzung berichten wird.

Beschlussvorschlag:

Die Entscheidung über einen Zuschuss zum Ausgleich der „Corona“-bedingten Einnahmeausfällen im Sozialkaufhaus Bad Bramstedt trifft der Ausschuss zu Beginn des Jahres 2021.

Die Diakonie Altholstein wird gebeten, bis zum 15.01.2021 einen Verwendungszweck vorzulegen, aus dem die Höhe der Einnahmen und Ausgaben im Jahr 2020 und die „Corona“-bedingten Einnahmeausfälle ersichtlich sind.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

**zu 3.4 Modellhafte Erprobung präventiver Hausbesuche und seniorenbezogener Sozialraumarbeit auf Amtsebene;
Auswahl der Modellregion
Vorlage: DrS/2020/241**

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt,

1. die modellhafte Erprobung präventiver Hausbesuche und seniorenbezogener Sozialraumarbeit im Sinne des vom Kreistag am 24.09.2020 beschlossenen Rahmenkonzeptes im Amtsbereich Bornhöved durchzuführen. Hierfür werden über die Änderungsliste für das Haushaltsjahr 2021 im Teilplan 315 (Soziale Einrichtungen) Aufwendungen für Dienstleistungen i.H.v. 44.000 EUR statt der bisher geplanten Zuwendungsmittel i.H.v. 142.400 EUR bereitgestellt. Mittelfristig werden eingeplant: für das Jahr 2022 bis zu 91.000 €, für das Jahr 2023 bis zu 89.000 EUR sowie für das Jahr 2024 bis zu 44.500 EUR.

2. das Projekt extern evaluieren zu lassen mit Aufwendungen von insgesamt 50.000 EUR. Hierfür wird über die Änderungsliste für das Haushaltsjahr 2021 im Teilplan 315 (Soziale Einrichtungen) der Betrag von 15.000 EUR bereitgestellt. Für die Jahre 2022 und 2023 werden jeweils bis zu 10.000 EUR und für das Jahr 2024 bis zu 15.000 EUR eingeplant. Den Kreisgremien ist jährlich über den Fortgang des Projektes zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	7	5		12

zu 3.5 Neuregelung der Fremdnutzung von kreiseigenen Liegenschaften und Räumlichkeiten - Entlastung von Vereinen / Sportförderung Vorlage: DrS/2020/214

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt: Der Kreis Segeberg übernimmt die vollen Kosten für die Nutzung der Sporthallen und Gymnastikhallen der kreiseigenen Förderzentren, die den Vereinen im Kreis Segeberg für die Nutzung der Hallen zu Sportzwecken im Trainings-, Übungs- und Punktspielbetrieb aufgrund der Benutzungs- und Entgeltordnung über die Fremdnutzung der kreiseigenen Liegenschaften, die zum 01.01.2021 in Kraft tritt, entstehen.

Der Kreis Segeberg übernimmt diese Kosten ab dem 01.01.2021 im Rahmen der Sportförderung und zahlt die Erstattungsbeträge in Form von Zuschüssen an die Vereine aus.

Die Bearbeitung der Auszahlung der Zuschüsse übernimmt der Kreissportverband Segeberg e.V. (KSV). Der aktuell gültige Vertrag des Kreises Segeberg mit dem KSV über die Übertragung und Durchführung der Sportförderung wird um die Übertragung dieser neuen Aufgabe entsprechend ergänzt.

Der KSV erhält für den Aufwand der Bearbeitung 2.000,00 € p.A.

Der KSV erhält vom Kreis Segeberg 50.000,00 € p.A. (Höchstförderung) für die Erstattungen an die Vereine. Nicht verbrauchte Mittel sind zurückzuzahlen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.6 Offene Ganztagschule an den Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung, Jährliche Erhöhung der Vergütung an die freien Träger Vorlage: DrS/2020/245

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Mittel für die Offene Ganztagschule an den drei Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung, 110.000 EUR je Schule und Jahr, sind jährlich beginnend ab dem Jahr 2021 zu erhöhen, um die Steigerung der Personalkosten bei den freien Trägern auszugleichen. Die jeweilige prozentuale Erhöhung ergibt sich aus der entsprechenden Tarifvereinbarung. Die jährliche Erhöhung ist von den freien Trägern schriftlich nachzuweisen und zu beantragen. Die bestehenden Verträge werden um diese Regelung ergänzt.

Ebenfalls werden in 2021 die nachgewiesenen Steigerungen der Personalkosten gemäß Tarifvereinbarung für 2020 ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.7 Schulsozialarbeit an den Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung, Jährliche Erhöhung des Förderbetrages an die freien Träger Vorlage: DrS/2020/248

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Förderbetrag für die Schulsozialarbeit an den drei Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung, 15.000 EUR je Schule und Jahr, ist jährlich beginnend ab dem Jahr 2021 zu erhöhen, um die Steigerung der Personalkosten bei den freien Trägern auszugleichen. Die jeweilige prozentuale Erhöhung ergibt sich aus der entsprechenden Tarifvereinbarung. Die jährliche Erhöhung ist von den freien Trägern schriftlich nachzuweisen und zu beantragen. Die bestehenden Verträge werden um diese Regelung ergänzt.

Ebenfalls werden in 2021 die nachgewiesenen Steigerungen der Personalkosten gemäß Tarifvereinbarung für 2020 ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.8 Lerncampus ab 2021 Vorlage: DrS/2020/243

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt der Entwicklung und Umsetzung von Schulergänzungskursen und lernunterstützenden Angeboten in den schulischen Oster-, Sommer- und Herbstferien für bildungsbenachteiligte Kinder- und Jugendliche aus dem Kreisgebiet, ab 2021 –zunächst befristet für 2 Jahre- zu. Die Angebote werden unter dem Titel Lerncampus@vhs kreisweit durchgeführt. Der Kreis bezuschusst die Angebote mit bis zu 75.000 € pro Jahr, so dass diese Angebote möglichst kostenfrei für die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen und ihre Personensorgeberechtigten durchgeführt werden können.

Für das Haushaltsjahr 2021 sind zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 75.000 € einzuplanen und in die Mittelfristplanung in derselben Höhe einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.9 Erweiterung des Förderzentrums "Schule am Hasenstieg" in Norderstedt Vorlage: DrS/2019/196-2

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Fachdienst 11.60 wird beauftragt die Baumaßnahme auf Basis des hier vorgestellten Planungsstandes und unter der Bedingung, dass die noch ausstehende Kostenberechnung in der Gesamtsumme die Kostenschätzung nicht übersteigt, umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.10 Erweiterung des Förderzentrums "Trave-Schule" in Bad Segeberg Vorlage: DrS/2019/198-2

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Fachdienst 11.60 wird beauftragt die Baumaßnahme auf Basis des hier vorgestellten Planungsstandes und unter der Bedingung, dass die noch ausstehende Kostenberechnung in der Gesamtsumme die Kostenschätzung nicht übersteigt, umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.11 Anpassung des baulichen Brandschutzes im Förderzentrum "Tra- ve-Schule", Bad Segeberg Vorlage: DrS/2020/259

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel in Höhe von 230.000 € für das Haushaltsjahr 2021.

Die im Haushaltsentwurf 2021 eingeplanten Mittel werden zu 40% als Verpflichtungsermächtigung bereitgestellt.

Der Fachdienst 11.60 wird beauftragt die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.12 Überbetriebliche Ausbildungsstätte (ÜAS), Mangelbeseitigung Vorlage: DrS/2019/294-1

Auf Nachfrage von Herrn Köppen teilt Frau Lexau mit, dass seitens des Kreises nun der Vorschlag unterbreitet worden sei, ein eigenes Gutachten zu erstellen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der Mittel in Höhe von 1.325.000 € als Aufwand sowie Ertrag im Haushaltsjahr 2021ff.

Der Fachdienst 11.60 wird beauftragt, die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen. Berechtigte Regressforderungen sind soweit möglich in Absprache mit dem Rechtsamt zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu 3.13 Sanierung / Neubau Haus A der Kreisverwaltung Vorlage: DrS/2020/208-1

Herr Malassa spricht sich dafür aus, aufgrund der immens hohen Personalzuwächse der letzten Jahre größtmöglich zu bauen. Der Landrat weist darauf hin, dass der Personalbedarf durch die steigende Anzahl an Aufgaben entstehe. Nicht zuletzt seien viele Aufgaben auf Initiative der Politik entstanden, wie gerade die beschlossenen Förderrichtlinien.

Herr Hansen verweist auf den Ergänzungsantrag seiner Fraktion auf Durchführung eines Planungswettbewerbs. Herr Schroeder gibt zu bedenken, dass Frau Lexau bereits im Bauausschuss deutlich gemacht habe, dass ein Planungswettbewerb für diese Baumaßnahme nicht sinnvoll sei.

Frau Lexau macht auf die Unterschiede eines Teilnahmewettbewerbs und eines Planungswettbewerbs aufmerksam. Zunächst sei abzuwarten, was der B-Plan vorschreibe. Dann werde für einen Teilnahmewettbewerb beschrieben, was der Kreis haben möchte. Die Architekten reichen Unterlagen ein und der Kreis kann unendlich oft nachbessern lassen. Hier könnten auch Vorschläge der Politik berücksichtigt werden. Dieser Schritt erfolge bei jeder Baumaßnahme. Bei einem Planungswettbewerb hingegen müsse eine Jury aus 9 Richtern gebildet werden, die alle ein Honorar erhalten. Es könnten theoretisch unendlich viele Entwürfe eingereicht werden, von denen 3 – 5 prämiert werden. Aus den prämierten Entwürfen wird dann der Siegerentwurf ausgewählt. Dies alles koste Zeit und werde mit Preis- und Richtergeldern sowie den weiterzuzahlenden Mieten für die verlängerte Planungszeit ca. 600.000 € kosten. Zudem habe der Kreis keinerlei Einfluss auf die Gestaltung der Entwürfe. Auch wenn keiner der Entwürfe den Vorstellungen entsprechen würde,

müsste eins davon als Sieger ausgewählt und entsprechend gebaut werden.

Herr Hansen entgegnet, dass es sich um ein stadtbildprägendes Bauwerk handle, das Aushängeschild für den Kreis sei. Durch den Planungswettbewerb könnten ganz neue Ideen entstehen, bei denen auch der Denkmalschutz optimal berücksichtigt wird. Frau Grote schlägt vor, später über den Antrag zu entscheiden, nachdem die B-Plan-Vorgaben feststehen. Herr Kowitz macht deutlich, dass die CDU-Fraktion den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt ablehnen würde, sich später aber einer Zustimmung vorstellen könnte.

Nachdem Frau Lexau erklärt, dass eine spätere Beschlussfassung unschädlich sei, zieht Herr Hansen den Antrag zunächst zurück.

Pause: 17:30 – 17:45 Uhr

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der zusätzlichen investiven Mittel in Höhe von 49.839.000 € für das Haushaltsjahr 2021ff.

Im aktuellen Haushaltsjahr stehen bereits 200.000 € (davon 80.000 € als Verpflichtungsermächtigung) zur Verfügung.

Die im Haushaltsentwurf 2021 eingeplanten Mittel werden zu 40% als Verpflichtungsermächtigung bereitgestellt.

Der Fachdienst 11.60 wird beauftragt, die Baumaßnahme wie beschrieben stufenweise umzusetzen. Die Stufen 2 und 3 werden jeweils zur Beschlussfassung vorge stellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu **Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Neu-**
3.13.1 **bau Haus A: Planungswettbewerb**
 Vorlage: DrS/2020/208-2

Diskussion s. TOP 3.13

zu 3.14 Fortführung der Förderung für Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge im Kreis Segeberg ab 2021
Vorlage: DrS/2017/093-2

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Fortführung der Förderung für Ladeinfrastruktur im Kreis Segeberg mit folgenden Änderungen / Anpassungen gemäß der Anlage „Richtlinie Förderung Ladeinfrastruktur Kreis SE 2021-2023_ENTWURF.pdf“:

- Fortführung für die Jahre 2021 bis 2023
- Mit einem Förderbudget von 900.000 € (300.000 € / Jahr)
- Förderung von privater Ladetechnik
- Mindestladeleistung 11 kW
- Beschränkung auf 15.000 € Maximalförderung bei Schnellladern < 50 kW

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	11	1		12

zu 3.14.1 Antrag der AfD-Fraktion zur Förderung der Ladeinfrastruktur im Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2020/287

Herr Evermann teilt mit, dass die Aufstellung von Ladesäulen eine privatrechtliche Aufgabe sei, die nicht mit öffentlichen Geldern finanziert werden dürfe.

Beschlussvorschlag:

Die AfD-Fraktion beantragt beziehend auf die Drucksache 2017-093-2: Die Förderung der Ladeinfrastruktur im Kreis Segeberg wird nicht fortgeführt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP		1		1
AfD	1			1
WI-SE		1		1
Gesamt	1	11		12

zu 3.15 Richtlinie zur Förderung von Solarbeleuchtung an Bushaltestellen Vorlage: DrS/2020/133-2

Herr Hansen spricht sich dafür aus, die Solarbeleuchtung mit dem barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen zu koppeln. Wenn ohnehin Baumaßnahmen erfolgen, könne auch gleich die Beleuchtung angepasst werden. Er beantragt eine gemeinsame Abstimmung. Herr Ahrens gibt zu bedenken, dass viele Bushaltestellen noch gar keine Beleuchtung hätten und deshalb nicht bis zum barrierefreien Ausbau gewartet werden dürfe.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit Wirkung ab 2021 für die Ertüchtigung von Fahrgastunterständen an Bushaltestellen eine „**Richtlinie zur Förderung von Solarbeleuchtung an Bushaltestellen**“ mit folgenden Eckpunkten aufzulegen:

- kein Stromanschluss vorhanden oder nur unter Mehrkosten herstellbar,
- keine Förderung im Rahmen eines barrierefreien Ausbaus über Landesmittel gegeben
- Fördersatz 75%,
- Laufzeit 5 Jahre,
- Gesamtfördersumme 460.000 € (92.000 €/Jahr).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen			2	2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	10		2	12

zu **3.16.1** Stellungnahme zum Antrag der CDU-Fraktion auf Beschaffung von dezentralen Lüftungsanlagen Vorlage: DrS/2020/276-1

s. TOP 3.16.2

zu **3.16.2** geänderter Antrag der CDU-Fraktion auf Beschaffung von dezentralen Lüftungsanlagen Vorlage: DrS/2020/276-2

Herr Kowitz bedankt sich für die Stellungnahme der Verwaltung und stellt heraus, dass das Bundesumweltamt die Bereitstellung von dezentralen Lüftungsanlagen als Ergänzung befürworte, wenn ausreichendes Lüften nicht möglich sei. Oberstes Ziel sei es, Schulen und Kitas möglichst lange offen zu halten.

Herr Ahrens erkundigt sich, ob der Bedarf in den Schulen abgefragt worden sei. Er halte eine Co2-Ampel für sinnvoller und kostengünstiger, worauf Herr Kowitz antwortet, dass Luftmessgeräte zu 100 % vom Land bezuschusst werden. Der Landrat halte eine Bezuschussung zu 50 % über den Kreisfonds für möglich. In 2020 seien noch 600.000 € verfügbar.

Dr. Friege erläutert, dass die Geräte als Ergänzung sinnvoll sein können, jedoch könnte eine falsche Sicherheit entstehen und das Lüften dadurch vernachlässigt werden. Hierauf weist auch der RKI ausdrücklich hin. Die AHA + L Regeln seien derzeit das Wichtigste und unbedingt einzuhalten. Die Geräte müssten durch einen Fachmann aufgestellt werden, um den richtigen Standort zu finden und es würden Wartungskosten entstehen. Die meisten Geräte seien unter Laborbedingungen getestet worden und es gebe noch keine Praxisdaten.

Außerdem sei festzustellen, dass ein Raum, der nicht ausreichend gelüftet werden könne, nicht als Unterrichtsraum genutzt werden darf. Aus seiner Sicht sei der Einbau einer Zu- und Abluftanlage vorzuziehen.

Herr Evermann äußert ebenfalls Bedenken, da die Geräte aufgrund der startenden Impfkampagne voraussichtlich in Kürze obsolet sein werden. Weiter müsste eine Ausschreibung erfolgen, die die Beschaffung verzögere. Er bezweifelt, dass es viele Räume gebe, die nicht ausreichend zu lüften sind und weist auf die Ausführungen von Dr. Friege hin, dass diese Räume gar nicht genutzt werden dürfen. Zudem würden die Geräte erheblichen Lärm verursachen, der den Unterricht stören wird. Für Schüler, die in unmittelbarer Nähe der Geräte sitzen, sei dies unzumutbar. Auch Herr Hansen hält die Lüftungsanlagen für den falschen Ansatz, es müsse verstärkt auf die Einhaltung der AHA-Regeln geachtet werden.

Herr Schroeder erklärt, dass die Schulträger selbständig entscheiden, ob ein Lüftungsgerät sinnvoll einsetzbar sei, hier gehe es lediglich um die Bereitstellung von Fördermitteln. Der Landrat ergänzt, dass die Schulträger für die Beschaffung zuständig seien und bei kleinen Mengen keine Ausschreibung notwendig sei.

Beschlussvorschlag:

Die CDU-Fraktion beantragt die Bezuschussung der Luftreinigungsgeräte als Soforthilfemaßnahme im Investitionsprogramm des Kreises Segeberg für die Jahre 2020 und 2021 aufzunehmen.

Für den Haushalt 2021 wird das Investitionsprogramm dafür einmalig um 1 Mio auf 3 Mio Euro erhöht.

Die Abrechnung der Schulverbände sowie der kommunalen Trägern von Schulen, Kindertagesstätten und Pflegeeinrichtungen mit dem Kreis, als Soforthilfeprogramm zur Bekämpfung des Coronavirus, für die Anschaffung von dezentralen Lüftungsgeräten in Klassenräumen aller Schulen, Gruppenräumen der Kindertagesstätten sowie Sozialräumen der Pflegeeinrichtungen im Kreis erfolgt gem. der Richtlinie mit bis zu 50 % Förderquote.

Für jeden Klassenraum, Gruppenraum oder Sozialraum in Nutzung, in der eine Durchlüftung nicht gewährleistet ist, können Luftreinigungsgeräte mit HEPA Filter

der Klasse H13 oder H 14 beschafft werden. Für die Eignung der Geräte ist das Gesundheitsamt einzubinden.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	6	6		12

zu 3.17 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf ein Radtourismuskonzept für den Kreis Segeberg Vorlage: DrS/2020/269

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur bittet die WKS, ein Radtourismuskonzept für den Kreis Segeberg zu prüfen. Hierfür ist von der WKS ein Projektvorschlag zu erstellen, dem die Leistungsbeschreibung, die Ziele, der Zeitrahmen und die erforderlichen Mittel zu entnehmen sind.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	11	1		12

zu 3.18 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Ausgleichsflächenmanagement für den Kreis Segeberg Vorlage: DrS/2020/239

Herr Kowitz teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag ablehne, weil der Personalbedarf in der UNB zunächst gedeckt werden sollte, bevor Stellen für zusätzliche Aufgaben geschaffen werden. Auch Frau Lessing hält den Antrag für sinnvoll, jedoch sollten zum jetzigen Zeitpunkt zunächst die bestehenden Aufgaben abgearbeitet werden.

Herr Schrenk erläutert, dass die Aufgaben im Bereich Ausgleichsflächen nur zum Teil pflichtig seien. Eine Organisationsuntersuchung habe Bedarfe in anderen Aufgabenbereichen wie z. B. Stellungnahmen zu Bauvorhaben festgestellt. Aufgrund der unklaren Haushaltssituation seien aber zunächst keine Stellenanmeldungen erfolgt und es werde derzeit versucht, die Aufgaben mit dem vorhandenen Personalbestand abzarbeiten. Die Schaffung einer neuen Stelle für neue freiwillige Aufgaben sei ein falsches Signal an das Personal. Auf Nachfrage von Herrn Thedens teilt Herr Schrenk mit, dass es nicht möglich sei, ein Ausgleichsflächenkataster mit dem vorhandenen Personal aufzustellen.

Frau Grote verweist auf die Empfehlungen von Bund und Land, zur Zeit keine langfristigen Investitionen zu beschließen und mit den Finanzmitteln sorgsam umzugehen. Sie schlägt vor, auf den Nachtragshaushalt zu warten, dann würden konkrete Zahlen vorliegen. Zum jetzigen Zeitpunkt sollte nur das Notwendigste beschlossen werden.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz und der Hauptausschuss empfehlen dem Kreistag ein Ausgleichsflächenmanagement mit Wirkungskontrolle für den Kreis Segeberg zu etablieren. Dieses soll folgende Aspekte umfassen:

1. Erstellung eines Ausgleichsflächenkatasters
2. Erstellung eines kreisweiten Konzeptes zur Ermittlung potenzieller Ausgleichsflächen
3. Einrichtung einer Personalstelle Ausgleichsmanagement für die Umsetzung, Fortschreibung und Kontrolle

Sämtliche Möglichkeiten zur Förderung eines Ausgleichsflächenmanagements sollen geprüft und ggf. beantragt werden.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP		1		1
AfD		1		1
WI-SE			1	1
Gesamt	2	9	1	12

zu 3.19 Ergänzung Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Aktualisierung und Fortschreibung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes des Kreises Segeberg Vorlage: DrS/2020/246-1

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz beschließt, dem Kreistag die Aktualisierung und Fortschreibung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes zu empfehlen.

Wesentliche Bestandteile der Fortschreibung sollten eine aktuelle Sachstandsanalyse, Entwicklung neuer Maßnahmen und Identifizierung von „Daueraufgaben“ sowie einer neuen Priorisierung sämtlicher Maßnahmen sein. Wie bei der Erstellung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes vor 9 Jahren soll ein partizipatives Verfahren gewählt werden, das die Einbindung von Expert*innen, qualifiziertem Fachpersonal der Kreisverwaltung und der Ämter und Kommunen sowie weiteren am Klimaschutz interessierten Institutionen, Verbänden und Initiativen gewährleistet.

Dafür sollen 100.000 € in den Haushalt eingestellt werden. Es sollte ferner geprüft werden, ob für die Fortschreibung Fördermittel akquiriert werden können.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	1	3		4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP			1	1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	4	7	1	12

zu 3.20 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Beschleunigung des barrierefreien Ausbaus von Bushaltestellen Vorlage: DrS/2020/278

Herr Hansen erläutert, dass der barrierefreie Ausbau dringend angeschoben werden müsse, da dieser nach Personenbeförderungsgesetz bereits 2021 erfolgt sein müsste. Die Kommunen seien hierfür zuständig, der Ausbau erfolge jedoch sehr schleppend, so dass neue Anreize notwendig seien. Herr Kowitz sieht die Gefahr, dass bei einer Förderquote von 100 % auch Haltestellen umgebaut werden, an denen keine Notwendigkeit bestehe. Herr Hansen verweist darauf, dass die Planungskosten nicht förderfähig sind und die Gemeinden diese dennoch tragen müssten. Somit würden die Gemeinden gut überlegen, welche Haltestellen umgebaut werden und die Fördermittel sorgsam einsetzen.

Frau Lessing erklärt, dass es letztlich um die Umsetzung der UN-Charta gehe, zu der sich der Kreis verpflichtet habe. Herr Weihe hält grundsätzlich den Ausbau jeder Haltestelle für wichtig, um Menschen mit Beeinträchtigungen überall den Zugang zum ÖPNV zu ermöglichen. Außerdem würde auch Familien mit Kinderwagen der Zugang erleichtert.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz und der Hauptausschuss beschließen, dem Kreistag zu empfehlen, den Haushaltsansatz zur Förderung des barrierefreien Ausbaus von Bushaltestellen von 250.000 € auf 500.000 € und gleichzeitig die Förderquote von 75% auf 100% (der förderfähigen Kosten) zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP				-
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	6	5		11

(1 Ausschussmitglied nicht im Raum)

zu 3.21 Neufassung der Entschädigungssatzung des Kreises Segeberg 2020 aufgrund der Änderung der Landesverordnung über Entschädigungen in kommunalen Ehrenämtern (Entschädigungsverordnung)

Vorlage: DrS/2020/288

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Neufassung der Entschädigungssatzung des Kreises Segeberg in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP				-
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	11			11

(1 Ausschussmitglied nicht im Raum)

zu 3.27 Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse

Die Vorsitzende gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt.

TOP 3.23 (Integrierte Leitstelle für den Kreis Segeberg)

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird damit beauftragt, den Vertrag zur Durchführung des Betriebs einer Integrierten Leitstelle für den Kreis Segeberg vom 23.03.2017 mit der Stadt Norderstedt zum 31.12.2024 zu kündigen und mit der Stadt entsprechende Verhandlungen zur Vertragsbeendigung aufzunehmen - diese sollen auch ein Angebot an die Stadt Norderstedt zur vorzeitigen einvernehmlichen Vertragsbeendigung enthalten. Des Weiteren wird die Verwaltung damit beauftragt, entsprechende Verhandlungen mit dem Kreis Pinneberg zur Übertragung der Leitstellenaufgaben auf die Kooperative Regionalleitstelle West aufzunehmen.

TOP 3.24 (Gigabitstudie für den Kreis Segeberg - Umsetzung und Finanzierung sowie Projektmanagement)

Beschlussvorschlag:

Zu 1: Der Kreis Segeberg übernimmt im Rahmen der Aufgabe der Daseinsvorsorge die Kosten für den Ausbau der verbliebenen „weißen Flecken“ in Gänze für das Kreisgebiet. Bedingung dafür sind Fördermittel der Bundes- und Landesförderung in Höhe von 75%. Der benötigte Kostenansatz wird, wie im Finanzierungsplan dargestellt, über die Haushaltsplanung ab 2022 zur Verfügung gestellt.

Zu 2: Es soll ein professionelles Projektmanagement zur Vorbereitung des Ausbaues der verbliebenen „weißen Flecken“ im Kreisgebiet bestellt werden. Dafür werden Förderanträge im Rahmen der Bundes- und Landesförderung für Beratungsleistungen gestellt. Der benötigte Kostenansatz wird, wie im Finanzierungsplan dargestellt, über die Änderungsliste in die Haushaltsplanung für 2021 und 2022 eingebracht.

TOP 3.25 (Verlängerung von Mietverträgen)

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die bestehenden Mietverträge für die Immobilien im LeVo-Park Block I + II bis Juni 2027 einschließlich einer Verlängerungsoption von einem Jahr, wie beschrieben, zu verlängern.

Die Verwaltung wird die Ausschüsse über den Verlauf der Aktivitäten jeweils unterrichten.

TOP 3.26 (Ankauf eines Bürogebäudes)

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel für das Haushaltsjahr 2021ff.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Ankauf der Immobilie wie beschrieben vorzubereiten und umzusetzen.

Die Verwaltung wird die Ausschüsse über den Verlauf der Aktivitäten jeweils unterrichten.

zu 3.28 Stellenplan für den Haushalt

zu **Stellenminderbedarf FD 61.00 für das Haushaltsjahr 2021 ff.**

3.28.1 Vorlage: DrS/2020/279

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag die Streichung der Stelle 0.51100.0012.1 für den Stellenplan 2021.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

zu **Stellenmehrbedarf FD 51.10 für das Haushaltsjahr 2021 ff.; Stel-**

3.28.2 lenminderung und Verlängerung kw-Vermerk

Vorlage: DrS/2020/218-1

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Stelle 1.36500.0005.1 wird für den Stellenplan 2021 gestrichen und die Befristung sowie der kw-Vermerk der Stelle 1.36500.0007.1 wird um weitere zwei Jahre bis zum 31.12.2022 verlängert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

**zu Stellenmehrbedarf FD 63.40 für das Haushaltsjahr 2021 ff; hier:
3.28.3 Teilplan 52121 - Bau- und Grundstücksordnung, Wegfall eines
kw-Vermerks
Vorlage: DrS/2020/275**

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur empfiehlt dem Hauptausschuss und dem Kreistag den Wegfall des kw-Vermerks auf der Stelle 0.52100.0016.1 für den Stellenplan 2021.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	11		1	12

**zu Stellenmehrbedarf FD 11.80 für das Haushaltsjahr 2021 ff., Weg-
3.28.4 fall kw-Vermerke
Vorlage: DrS/2020/281**

Es werden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Stellen 0.1116.0069 und 0.11160.0070 ab dem Stellenplan 2021 ff. den kw-Vermerk zu streichen und zu entfristen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	11		1	12

**zu 3.28.5 Stellenmehrbedarf FD 53.30 für das Haushaltsjahr 2021 ff. - Infektionsschutz sowie Stellenmehrbedarf FD 32.00 für das Haushaltsjahr 2021 ff. -Ordnungsrecht/Ordnungswidrigkeiten
Vorlage: DrS/2020/240**

Herr Kowitz beantragt, die Befristung des Sperrvermerks bis 01.07.2020 aus dem Beschlussvorschlag zu streichen. Der Landrat erklärt, dass dies möglich sei, allerdings sei zur Aufhebung des Sperrvermerks ohnehin ein Beschluss des Hauptausschusses nötig. Das Datum sei für die Kalkulation der Haushaltsmittel aufgenommen worden, so dass die Stellen für ½ Jahr in 2021 berücksichtigt seien.

Auf Nachfrage von Herrn Malassa erläutert der Landrat, dass die 10 Stellen für den ÖGD vorgesehen seien. Im ersten Schritt soll der Einsatz im Infektionsschutz erfolgen, danach könne eine Umbesetzung innerhalb der Fachdienste des Gesundheitsdienstes erfolgen. In der März-Sitzung des OVG solle ein Personalkonzept für den ÖGD vorgelegt werden. Zwischenzeitlich stehe die Teilfinanzierung der 25 Stellen fest, diese ist in Vorlage DrS/2020/240-1 nachzulesen.

Beschlussvorschlag:

Der OVG-Ausschuss empfiehlt, der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Aufnahme von 25,0 VZS in den Stellenplan 2021 für die Fachdienste 53.30 und 32.00. 10,0 VZS sind mit Sperrvermerk zu 01.07.2021 zu versehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

**zu 3.28.6 Digitalisierung der Bildungslandschaft - IT-Dienstleistungen für Schulträger im Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2020/251**

Herr Evermann vertritt die Auffassung, dass die Aufgabe an eine Firma vergeben werden sollte, weil dann ein besserer und schnellerer Support möglich wäre. Der Landrat teilt mit, dass es sich um strategische Fragen wie Fortbildungen für Lehrer oder die Organisation der Klassen handele und nicht um die technische Betreuung vor Ort. Die Gemeinden sollen für die Dienstleistungen bezahlen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ab 2021 Schul-IT Dienstleistungen für die kreiseigenen Schulen und die Schulträger im Kreis Segeberg mit eigenem Personal aufzu-

bauen. Für die Umsetzung der technischen Aufgaben werden für den Bereich der IuK mindestens 7,0 Vollzeitstellen (VzS) ab 2021 neu im Personalhaushalt bereitgestellt, davon 2 VzS (Systemadministration) befristet bis zum 31.12.2025.

Zur inhaltlich-fachlichen Unterstützung des Digitalisierungsprozesses wird zudem die bestehende Stelle Bildungsplanung (0,5 VzS) auf eine 1,0 VzS um die Aufgabe Bildungsplanung für Digitalisierung unbefristet erweitert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	11		1	12

**zu Stellenmehrbedarf FD 10.50 für das Haushaltsjahr 2021 ff.
3.28.7 Vorlage: DrS/2020/291**

Herr Malassa begrüßt die Aufstockung der Stellen um ca. 1/3 ausdrücklich. Er möchte wissen, ob der Kreis damit für die Zukunft gut aufgestellt sein wird. Der Landrat erklärt, dass der Mehrbedarf durch eine Organisationsuntersuchung festgestellt wurde. Wie der Bedarf künftig aussehen wird, bleibt abzuwarten.

Auf Nachfrage von Herrn Kowitz erläutert Herr Nixdorf, dass 26 Außenstellen betreut werden müssen, in denen ca. ¼ der Mitarbeiter des Kreises untergebracht seien. Der Landrat ergänzt, dass die Stellen schnellstmöglich besetzt werden sollen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag die Aufnahme der Stellen 0.11140.0127 und -0128, 0.11140.0056, 0.11140.0118 und -0119, 0.11140.0099, 0.11140.0129 und -0130 sowie 0.11140.0050 in den Stellenplan 2021.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12			12

**zu Stellenplan für den Haushalt 2021 inkl. Stellenmehrbedarf für
3.28.8 2021
Vorlage: DrS/2020/282**

Herr Kowitz bemängelt die Steigerung von 7,6 % und verweist auf die nicht besetzten Stellen. Er beantragt einen Personalkostendeckel in Höhe von 1,5 %.

Herr Schroeder erinnert an die Diskussion zu den Stellen in der UNB und dass dort Pflichtaufgaben nicht erledigt werden können, weil Personal fehle. Er halte einen Deckel nicht für sinnvoll. Jede einzelne Stelle sei von der Politik beschlossen worden, somit müsse auch die Möglichkeit bestehen, diese schnellstmöglich zu besetzen. Dem schließen sich Herr Weihe und Frau Lessing an und erklären, ein Deckel sei das falsche Signal von der Politik, zumal seitens der Verwaltung für das nächste Jahr weitestgehend auf Stellenanmeldungen verzichtet wurde. Herr Köppen und Frau Grote sehen durchaus Luft für einen Deckel, weil ohnehin nicht 100 % der Stellen besetzt seien. Herr Schuchardt vertritt die Auffassung, dass aus diesem Grund gar kein Deckel notwendig sei. Es würde immer Einsparungen geben.

Der Landrat teilt mit, dass es schwer sei, alle Stellen zu 100 % zu besetzen. Der FD 11.00 sei jedoch bemüht, eine hohe Quote zu erreichen und es sei eine zunehmende Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu verzeichnen. Ein Deckel sei den Fachdiensten, die auf eine Anmeldung verzichtet haben, schwer zu vermitteln. Außerdem würden die Aufgaben nicht zuletzt durch politische Beschlüsse zu Prüfaufträgen o. ä. mehr werden. Frau Marcussen hält einen Deckel nicht für fair und ergänzt, dass alternativ konkrete Stellen benannt werden müssten, die nicht besetzt werden sollen.

Antrag der CDU-Fraktion:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Stellenplan 2021 inklusive der in der **Anlage 2** angefügten tabellarischen Übersicht enthaltenen Stellenmehrbedarfs 2021 zu beschließen. Darüber hinaus wird die aktuelle Veränderungsliste für das Haushaltsjahr 2021 als Teil B des Stellenplans beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche Personaleinzel- und Personalentwicklungsmaßnahmen im Rahmen des vom Kreistag zur Verfügung gestellten Personalkostenansatzes in Höhe von 58.600.900 € mit Berücksichtigung eines Personalkostendeckels zuzüglich der aus der Änderungsliste zum Stellenplanentwurf entstehenden Personalkosten (vgl. Teil C der **Anlage 2**) umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP		1		1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	6	6		12

eschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Stellenplan 2021 inklusive der in der **Anlage 2** angefügten tabellarischen Übersicht enthaltenen Stellenmehrbedarfs 2021 zu beschließen. Darüber hinaus wird die aktuelle Veränderungsliste für das Haushaltsjahr 2021 als Teil B des Stellenplans beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche Personaleinzel- und Personalentwicklungsmaßnahmen im Rahmen des vom Kreistag zur Verfügung gestellten Personalkostenansatzes in Höhe von 58.600.900 € ohne die Berücksichtigung eines Personalkostendeckels zuzüglich der aus der Änderungsliste zum Stellenplanentwurf entstehenden Personalkosten (vgl. Teil C der **Anlage 2**) umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	11		1	12

zu 3.29 Budget 2021 für Fachbereich I Vorlage: DrS/2020/283

Frau McGregor teilt mit, dass die Änderungsliste noch um 35.000 € für die fachübergreifenden Fortbildungen angepasst werden muss. Dieses sei in der Haushaltsvorberatung so besprochen worden, ist jedoch in der vorliegenden Fassung der Änderungsliste noch nicht enthalten.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag den Haushalt 2021 (hier: Teilpläne 1114, 522, 611 und 612) entsprechend der im Haushaltsentwurf vorgelegten Form mit den eingebrachten Änderungen zur Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	11		1	12

zu 3.30 Budget 2021 des Fachbereiches L Vorlage: DrS/2020/284

Der Kreispräsident erkundigt sich, ob die Kommunen sich nicht mehr an den Kosten für den Datenschutz beteiligen. Frau McGregor teilt mit, dass der Betrag versehentlich nicht mehr eingestellt sei und in die Änderungsliste aufgenommen werde.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Haushalt 2021 für den Fachbereich L (Teilpläne 1111, 1112, 1113, 1115, 1118, 121, 535, 5711 in der vorgelegten Form zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	1		1	2
FDP	1			1
AfD			1	1
WI-SE	1			1
Gesamt	10		2	12

zu 4 Berichte/Informationen

zu 4.1 Quartalsbericht 30.09.2020 Vorlage: DrS/2020/289

Frau McGregor erklärt auf Nachfrage von Frau Lessing, dass die Werte der mathematischen und manuellen Prognose enger zusammengerückt seien, weil in Absprache mit den Fachdiensten an den Stellschrauben gearbeitet wurde.

Herr Dieck erkundigt sich nach den von 2019 auf 2020 übertragenen investiven Mitteln. Es seien 13 Mio € übertragen worden, wovon voraussichtlich in 2020 8,9 Mio € ausgegeben werden. Frau McGregor teilt mit, dass die Differenz in 2021 übertragen werden können, allerdings nur bis zur Höhe der Kreditermächtigungen. Die Zahlen der notwendigen Übertragungen nicht verbrauchter Mittel aus 2020 seien noch nicht bekannt. Herr Dieck regt an, den letzten Punkt der Liste (Rettungswache Bornhöved) zu streichen, da diese neu gebaut werde und die Mittel neu einzustellen seien. Frau McGregor sagt eine Klärung mit Frau Lexau zu.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Anfragen

Herr Siebke fragt nach, ob es neue Kenntnisse über die Möglichkeiten einer Förderung für Gewerbeansiedlung gebe. Der Kreis Plön praktiziere dies und es sollten Erkundigungen für den Kreis Segeberg eingeholt werden. Der Landrat teilt mit, dass er die Antwort nachreichen werde.

Herr Evermann erkundigt sich, ob es Erkenntnisse und Planungen bezüglich des Wartages gebe. Herr Schröder verweist auf die nächste OVG-Sitzung, zu der es einen Bericht geben werde.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Es gibt keine Anregungen.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

zu 7.2 Antrag der Fraktion WI-SE zur Umsetzung des Digitalpakts Vorlage: DrS/2020/295

Herr Köppen stellt den Antrag vor und erklärt, dass es auch um die technische Unterstützung der Schulen gehe. Durch Corona werde sich die Lage noch verschärfen, so dass Unterstützung notwendig sei.

Frau Lessing befürwortet die Unterstützung, allerdings sei es wichtig, alles gebündelt zu koordinieren, um nicht erneut einen Flickenteppich zu produzieren. Um den Überblick zu behalten, müssten die Mittel zentral vom Kreis aus verwaltet werden und nicht den Schulträgern zur Verfügung stehen. Herr Schuchardt sieht keine Veranlassung, für den Übergang weitere Mittel zur Verfügung zu stellen, der Digitalpakt sei beschlossen und die Umsetzung in Planung.

Der Landrat teilt mit, dass diese Förderung eine sinnvolle Ergänzung zum beschlossenen Digitalpakt sein kann. Es seien bewusst Lücken gelassen worden, die mit dieser Förderrichtlinie durch die Kommunen geschlossen werden könnten. Er weist an dieser Stelle darauf hin, dass er den Antrag für sinnvoll halte, jedoch erneut eine Förderrichtlinie zu erstellen sei, die Personalressourcen binde. Dies sei im Rahmen der Stellenplandebatte ausführlich diskutiert worden.

Herr Köppen und Herr Kowitz sprechen sich dafür aus, die Haushaltsmittel einzu-

stellen und eine möglichst einfache Richtlinie zu erarbeiten. Herr Stankat ergänzt, dass dies ein guter Weg sei. Intention der Vorlage zur Schaffung der Stellen im IuK sollte die Beseitigung des Flickenteppichs im Kreis sein. Auch das Bildungsmanagement im konzeptionellen Sinne sei hierbei ein wichtiger Baustein. Allerdings müssen die IT-Stellen besetzt und eine Einigung mit den Schulträgern erfolgen. Der ganzheitliche Ansatz des Kreises sei sicher richtig und der Antrag der WI-SE schließe eine Lücke. Es liegen noch nicht alle Förderrichtlinien zur Finanzierung des Digitalpakts Schule, diese seien abzuwarten.

Beschlussvorschlag:

Für die Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung des Digitalpaktes in den Schulen werden 200.000€ in den Haushalt 2021 mit Sperrvermerk eingestellt.

Die Verwaltung erstellt im 1. Quartal eine Richtlinie für Schulträger und Schulen im Kreis. Ziel der Richtlinie ist es, die Schulträger bei der Beauftragung von externen IT-Dienstleistern finanziell zu unterstützen, bis die getroffenen Maßnahmen des Kreises greifen und keine externe Beauftragung mehr notwendig ist.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
Gesamt	11	1		12

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Doris Grote
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Krüger
(Protokollführung)